

LDK-GO Geschäftsordnung Landesdelegiertenkonferenz Grüne MV

Gremium: Landesverband

Beschlussdatum: 23.09.2023

Tagesordnungspunkt: 8.4. Geschäftsordnung Landesdelegiertenkonferenz (sofern ÄA vorliegen)

Antragstext

1 § 1 Einladung

2 Landesdelegiertenkonferenzen (LDK) werden durch den Landesvorstand (LaVo) in der
3 Regel mit einer Frist von sechs Wochen durch schriftliche Ladung unter Beifügung
4 der vorläufigen Tagesordnung an die gewählten Delegierten einberufen. Die
5 Festsetzung des Termins soll 12 Wochen vor der LDK erfolgen.

6 § 2 Sitzungsablauf

7 Der Sitzungsablauf ist folgender:

- 8 1. Eröffnung, Wahl des Präsidiums
- 9 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
- 10 3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 11 4. Empfehlung der Antragskommission
- 12 5. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
- 13 6. Behandlung der Tagesordnung
- 14 7. Schließung der Sitzung

15 § 3 Eröffnung, Wahl und Aufgaben des Präsidiums

- 16 (1) Die LDK wird durch ein Mitglied des LaVo eröffnet.
- 17 (2) Zur Leitung der Sitzung wählt die LDK ein Präsidium, das aus mindestens
18 drei Mitgliedern besteht. Ein Mitglied wird durch den LaVo vorgeschlagen,

19 ein Mitglied durch den gastgebenden Kreisverband. Die anderen Mitglieder
20 werden aus den Reihen der Delegierten vorgeschlagen.

21 (3) Die Wahl erfolgt in offener Abstimmung mit der einfachen Mehrheit der
22 Delegierten.

23 (4) Das Präsidium trifft seine Entscheidungen mit den Stimmen der Mehrheit der
24 nach Abs. 2 gewählten Mitglieder.

25 (5) Die Aufgaben einer Antragskommission während der LDK werden durch das
26 Präsidium wahrgenommen. Das Präsidium entscheidet über die Zulässigkeit
27 von Anträgen.

28 (6) Das Präsidium übt während der Sitzung das Hausrecht aus.

29 (7) Bei Zweifeln über die Auslegung der GO entscheidet das Präsidium.

30 (8) Das Mitglied des Präsidiums, das die Behandlung eines TOP leitet, darf
31 weder Anträge stellen noch für oder gegen Anträge sprechen.

32 § 4 Beschlussfähigkeit, Mandatsprüfung

33 (1) Die LDK wählt eine Mandatsprüfungskommission, die aus zwei Mitgliedern
34 besteht. Die Kommission stellt nach ihrer Bestätigung die
35 Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

36 (2) Die LDK ist beschlussfähig, wenn und solange mehr als die Hälfte der
37 stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

38 § 5 Tagesordnung

39 Die vom LaVo vorgeschlagene vorläufige Tagesordnung kann auf Antrag einer*eines
40 Delegierten mit der Mehrheit der anwesenden Delegierten geändert oder ergänzt
41 werden. Die LDK beschließt die Tagesordnung mit der Mehrheit der anwesenden
42 Delegierten.

43 § 6 Redeordnung

44 (1) Das Präsidium führt eine quotierte Redeliste und bringt sie in sachliche
45 Zusammenhänge.

46 (2) Die Redezeit ist auf drei Minuten pro Beitrag begrenzt. Eine Verlängerung
47 kann durch die Versammlung beschlossen werden.

48 (3) In derselben Angelegenheit soll niemand öfter als zweimal das Wort
49 ergreifen.

50 (4) Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines TOP möglich.

51 § 7 Rederecht

52 Rederecht hat jedes Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gästen wird in der Regel
53 das Rederecht gewährt.

54 § 8 Sachanträge

- 55 (1) Anträge zur LDK müssen dem Landesvorstand mindestens vier Wochen vor der
56 LDK schriftlich vorliegen. Bis spätestens drei Wochen vor der LDK sind die
57 Anträge durch die Landesgeschäftsstelle an die Kreis- beziehungsweise
58 Ortsverbände zu senden. Die inhaltliche Zuordnung der Anträge im Rahmen
59 eines vorläufigen Tagesordnungsentwurfs übernimmt im Vorfeld der LDK eine
60 Antragskommission. Sie setzt sich zusammen aus dem/der
61 Landesgeschäftsführer_in, einem Mitglied des Landesvorstandes, sowie drei
62 durch die LDK für ein Jahr gewählten Mitglieder. Die Antragskommission
63 bereitet die Behandlung eines oder mehrerer Tagesordnungspunkte in
64 Zusammenarbeit mit den Antragstellern_innen vor. Sie kann der LDK
65 Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren von Anträgen geben. Ihre
66 Empfehlungen bedürfen der Zustimmung der LDK. Über ihre Empfehlungen wird
67 zuerst abgestimmt. Empfehlungen der Antragskommission sind nur zum
68 Verfahren, nicht aber bezüglich der Annahme oder Ablehnung von Anträgen
69 zulässig. Empfehlungen werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden
70 Mitglieder der Antragskommission gegeben. Im übrigen gilt die
71 Landessatzung.
- 72 (2) Anträge werden nach Inhalt gekennzeichnet, beispielsweise:
73 ◦ T für Anträge zur Tagesordnung
74 ◦ S für Anträge zur Satzung/Geschäftsordnung
75 ◦ P für Anträge zum Programm
76 ◦ D für Dringlichkeitsanträge
77 ◦ V für Verschiedenes
- 78 (3) Nicht fristgerecht eingereichte Anträge können als Dringlichkeitsanträge
79 behandelt werden. Die Dringlichkeit ist zu begründen. Sie werden
80 zugelassen, wenn sich die Mehrheit der anwesenden Delegierten für ihre
81 Behandlung ausspricht. Dies gilt nicht für Änderungsanträge zu bereits
82 zugelassenen Anträgen. Satzungsändernde Anträge und Anträge auf Abwahl aus
83 Ämtern der Partei können nicht als Dringlichkeitsanträge gestellt werden.
- 84 (4) Anträge - auch Ergänzungs- oder Änderungsanträge - bedürfen der
85 Schriftform. Bei Ergänzungs- oder Änderungsanträgen kann durch das
86 Präsidium von dieser Regelung abgewichen werden, wenn die Verständlichkeit
87 des Antrages gewahrt bleibt.
- 88 (5) Änderungs- und Ergänzungsanträge müssen von mindestens 5 Mitgliedern oder
89 einem Parteigremium mindestens 72 Stunden (3 Tage) vor dem offiziellen
90 Beginn der Landesdelegiertenkonferenz eingereicht werden um von der
91 Landesdelegiertenkonferenz behandelt werden zu können.

92 § 9 Anträge zur Geschäftsordnung

- 93 (1) Anträge zur Geschäftsordnung (GO-Anträge) können durch die Delegierten
94 jederzeit durch Heben beider Hände gestellt werden.
- 95 (2) GO-Anträge sind:
96 a. Schluss der Redner*innenliste
97 b. Abbruch der Aussprache
98 c. Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung
99 d. Vertagung oder Aufhebung eines TOP
100 e. Ausschluss und Wiederherstellen der Öffentlichkeit
101 f. Unterbrechung, Vertagung und Aufhebung der Sitzung
102 g. Einholung eines Frauenvotums
103 h. Erneute Befassung bereits geschlossener Beratungsgegenstände
104 (Rückholanträge)
105 i. Antrag auf schriftliche Abstimmung
106 j. Verweisung eines Antrages an eine Landesarbeitsgemeinschaft
- 107 (3) Während laufender Redebeiträge und Abstimmungen sind
108 Geschäftsordnungsanträge nicht zulässig.
- 109 (4) Zu GO-Anträgen findet keine Aussprache statt. Sie werden nach maximal
110 einem Pro und einem Kontra zur Abstimmung gebracht.
- 111 (5) Anträge nach Abs. 2 a) und b) kann nur stellen, wer noch nicht zur Sache
112 gesprochen hat. Vor einer Entscheidung ist die Redner*innenliste bekannt
113 zu geben.

114 § 10 Beschlüsse

- 115 (1) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, solange Satzung und GO
116 nichts anderes vorschreiben.
- 117 (2) GO-Anträge bedürfen einer einfachen Mehrheit. Anträge, die die
118 Geschäftsordnung selbst betreffen, sowie Rückholanträge nach § 9, Abs. 2,
119 lit. h bedürfen einer Zweidrittelmehrheit.

120 § 11 Protokoll

- 121 (1) Über die LDK ist ein Ergebnisprotokoll zu fertigen. Daraus muss
122 ersichtlich sein, wann und wo die LDK stattgefunden hat, wer teilnahm,

- 123 welche Gegenstände verhandelt wurden, welche Beschlüsse gefasst und welche
124 Wahlen durchgeführt wurden.
- 125 (2) Die Namen der Antragsteller_innen, die Anträge sowie die Abstimmungs- und
126 Wahlergebnisse sind festzuhalten.
- 127 (3) Das Protokoll wird von drei Mitgliedern des Präsidiums und dem/der
128 Schriftführer_in gezeichnet. Es wird auf der folgenden LDK bestätigt.